

## Politik



EU-Ratspräsidentin und Bundeskanzlerin Angela Merkel feierte ihren ersten großen diplomatischen Erfolg.

ddp

### Merkel bringt Europa auf Öko-Kurs

**Kanzlerin ringt Staats- und Regierungschefs in Brüssel mehr Klimaschutz ab / 20 Prozent weniger Treibhausgase bis 2020 / Machtwort im Koalitionsstreit über Atomkraftwerke**

Jörg Michel

BERLIN/BRÜSSEL. Die Europäische Union hat sich unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zu größeren Anstrengungen beim Schutz des Weltklimas verpflichtet und strebt dabei eine globale Führungsrolle an. "Wir haben die Tür aufgestoßen zu einer vollkommen neuen Dimension der Kooperation in der Klimapolitik", sagte Merkel gestern nach zweitägigen Beratungen in Brüssel.

Die Staats- und Regierungschefs einigten sich darauf, den Ausstoß von klimaschädigendem Kohlendioxid bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Wenn die anderen großen Industrienationen wie die USA in einem vergleichbaren Umfang mitziehen, will die EU sogar 30 Prozent anpeilen.

Nach langem Streit beschloss die EU außerdem, den Anteil der erneuerbaren Energien am Verbrauch im selben Zeitraum von derzeit gut sechs auf 20 Prozent zu steigern. Allerdings dürfte es in diesem Punkt in der Zukunft noch zu harten Verhandlungen kommen. Denn die Aufteilung dieser Verpflichtung auf die einzelnen EU-Staaten soll erst später beschlossen werden. Osteuropäische Staaten und Frankreich wollen dabei einen Öko-Bonus für die Nutzung der Kernkraft durchsetzen. Die EU beschloss außerdem, mittelfristig herkömmliche alle Glühbirnen zu ersetzen und Energiesparlampen zur Pflicht zu machen. Die EU-Kommission erhielt Aufträge, Berichte zur Einführung einer Steuer für Flugbenzin sowie einer Abgabe auf Flugtickets und einer schadstoffabhängigen Autobesteuerung vorzulegen.

EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso nannte das Erreichte ein historisches Ergebnis. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) sprach von einer Wende in der Energie- und Klimapolitik der EU.

Laut UN-Generalsekretär Ban Ki Moon können die Ergebnisse des EU-Gipfels dazu beitragen, die weltweite Energieversorgung nachhaltiger zu gestalten, erklärte Bans Sprecherin Marie Okabe in New York. Denn die EU ziele mit ihren Beschlüssen darauf ab, die Entwicklung von Techniken zu fördern, die auch die Entwicklungsländer im Kampf gegen den Klimawandel benötigten.

Kritik kam dagegen von den Grünen. Fraktionschefin Renate Künast sprach von einer Mogelpackung und kritisierte die Sonderregeln zum Atomstrom. Auch Forscher bewerteten die Reduktionsziele kritisch. Hans-Jochen Luhmann vom Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie sprach von einer "optischen Täuschung". Allein die EU-Erweiterung reduziere bis 2012 die Emissionen um 15 Prozent. Die restlichen fünf Prozent seien wenig ehrgeizig. Industrie-Verbandschef Jürgen Thumann verlangte deutliche Beiträge von den USA, China und Indien.

Noch während Merkel die Beschlüsse von Brüssel als Erfolg feierte, spitzte sich der Streit zwischen den Koalitionspartnern um die Kernenergie zu. Entgegen der Rechtsauffassung der Kanzlerin kündigte Umweltminister Gabriel an, die vom Energiekonzern RWE beantragte Laufzeitverlängerung für das alte Kernkraftwerk Biblis A abzulehnen. Gabriel war zu dem Ergebnis gekommen, die von RWE geplante Strommengenübertragung vom Meiler Mülheim-Kärlich auf Biblis A sei nicht möglich. RWE will mit dieser Maßnahme den Meiler über das Jahr 2008 hinaus laufen lassen. Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) nannte das Handeln Gabriels absurd. Regierungssprecher Thomas Steg erklärte, dass das Kanzleramt wie Glos der Auffassung ist, dass eine Strommengenübertragung möglich

gewesen wäre.

Im Unterschied zu Glos akzeptierte Merkel jedoch die Alleinzuständigkeit Gabriels in der Sache: "Ich bin vertragstreu und entsprechend des Koalitionsvertrages hat der Umweltminister die Möglichkeit, seine Entscheidung zu treffen", sagte sie im ZDF. "Das heißt aber noch nicht, dass die Union das gut findet."

Damit werden die Verwaltungsgerichte entscheiden müssen. RWE hat bereits eine Klage auf Weiterbetrieb von Biblis angekündigt. Vattenfall plant gerichtliche Schritte im Fall Brunsbüttel.

Berliner Zeitung, 10.03.2007

Lesen Sie auch:

[Die CO2-Händler von Brüssel](#)  
[In der Regierung eskaliert der Streit um Atomkraft](#)  
[Im Treibhaus](#)  
[Der einzige Weg](#)  
[Erfolgreicher Stilbruch der EU-Chefin](#)  
[Druck auf andere Wirtschaftsregionen](#)  
["Das ist eine Täuschung"](#)  
[Brisante Anträge](#)

[Weitere Artikel aus dem Ressort »](#)

[Ähnliche Artikel im Archiv »](#)

[Leserbrief »](#)